

# Abschlussklärung

## „10. WirtschaftsPartnerTag Berlin eastside“ am 06.11.2014

### Thema:

### Wohnen und Arbeiten in Berlin eastside – Herausforderung demografischer Wandel

Die Bezirksämter Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg sowie der Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis e.V. (MHWK) und der Wirtschaftskreis Hohenschönhausen-Lichtenberg e.V. (WKHL) veranstalteten am 6. November 2014 den „10. WirtschaftsPartnerTag Berlin eastside“.

Rund 200 Teilnehmer, darunter zahlreiche Führungskräfte aus Unternehmen der Wohnungswirtschaft sowie aus Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Wissenschaft, trafen sich zu einem intensiven Erfahrungs- und Gedankenaustausch.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Herausforderungen, die sich aus der wachsenden Stadt/ dem Zuzug nach Berlin und der demografischen Entwicklung Berlins insbesondere für die beiden Bezirke ergeben.

Die Umsetzung des „Wohnungsmarktentwicklungskonzepts Marzahn-Hellersdorf 2020“ sowie des „Bündnisses für Wohnen Lichtenberg“ sind die zentralen Elemente für die Steuerung des Neubaus von Wohnungen und des Ausbaus der sozialen Infrastruktur.

Beide Bezirke haben in den letzten Jahren eine sehr erfolgreiche Entwicklung genommen. Sie weisen eine wachsende Bevölkerung und einen überproportionalen Anstieg der Kinderzahlen bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils älterer Menschen – insbesondere in den Großsiedlungen – auf.

Die Unternehmen der Wohnungswirtschaft haben in der Vergangenheit mit der Sanierung ihres Bestandes in beiden Bezirken eine riesige unternehmerische Leistung beigetragen.

Jetzt müssen gemeinsam die Herausforderungen einer stark wachsenden Region bewältigt werden. Dazu bekennen sich die Partner aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung ausdrücklich.

Einigkeit bestand auch in der Forderung, dass dafür eine stärkere Unterstützung des Berliner Senats in folgenden Punkten unabdingbar ist:

1. Die Privatisierung landeseigener Grundstücke muss sich den Zielen einer „wachsenden Stadt“ unterordnen. Bei Grundstücken für den Wohnungsneubau sollen „Konzeptverfahren“ die Regel sein, Verfahren nach dem Höchstpreisprinzip sollen die Ausnahme bleiben. Grundstücke müssen zum Ausbau der sozialen Infrastruktur zur Verfügung stehen.
2. Die öffentliche Förderung des Wohnungsneubaus ist spürbar aufzustocken und auch außerhalb des S-Bahnringes vermehrt zu gewähren.
3. Die Verwaltung Berlins muss sich vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt, auch mit punktueller zusätzlicher Ausstattung, entsprechend den Herausforderungen des Zuzugs verändern.